



Serie: Ute Linz auf der Spur von Robert Rössle

Berlin Seite 8



Wolf Biermann spricht mit Gott

Feuilleton Seite 14



Starke Kunstaktion: Porträts an Bauzäunen

Berlin Seite 11

Berliner Zeitung

Bundestag

Geräuschlos an die Spitze

Wird Rolf Mützenich Parlamentspräsident?

ANNE-KATRIN PALMER

Am Wahlabend gab es Momente, in denen Rolf Mützenich unentschieden und unsicher wirkte. Die SPD hatte gewonnen, zog als stärkste Fraktion in den neuen Bundestag. Natürlich sagte der Kölner am Abend im Willy-Brandt-Haus, dass er seinen Auftrag nach diesem Wahlsieg als weiterer Fraktionschef sehe – und wurde ein paar Tage später mit 97 Prozent wiedergewählt. Trotzdem schien er zu zaudern – vielleicht, weil er gerne was anderes gemacht hätte. Bundestagspräsident beispielsweise. Sein Name jedenfalls kommt immer wieder aufs Tapet. Und ganz so abgeneigt scheint er nicht.

Rolf Mützenich sitzt seit fast 20 Jahren im Parlament, vorher war er in der öffentlichen Verwaltung. Er kommt aus einem Kölner Arbeiterhaushalt, machte erst den Hauptschulabschluss und danach Abitur.

In der Partei hat der zurückhaltende, stets höfliche Mützenich Gewicht. Ex-Fraktionschef Peter Struck zitierte ihn immer herbei, wenn es um Rüstungs- oder Verteidigungsfragen ging. Das solle der „Mütze“ erklären, sagte Struck. Dieser tat es unaufdringlich – und alle hörten ihm zu. Außenpolitik, das ist Mützenichs Thema. In der SPD gehen viele immer noch gerne zu ihm, wenn sie die Welt erklärt bekommen wollen. Er kämpft seit jeher für Frieden und den Abzug der US-Atomwaffen und hat auch der Fraktion einen links-pazifistischen Kurs verpasst.

Dass er 2019 Fraktionschef wurde, war eher dem Zufall geschuldet. Andrea Nahles trat von ihren Posten als Partei- und Fraktionschefin zurück. Die SPD steckte in der Krise, es gab einen Machtkampf um den Parteivorsitz. Nicht aber um den Fraktionsvorsitz, den Mützenich geräuschlos übernahm.

Natürlich kann Mützenich auch Strippen ziehen, aber er gilt dennoch als bescheiden. Ob er wirklich Wolfgang Schäuble als Bundestagspräsident beerbt, wird sich zeigen. Gerade wird von einigen in der Partei verlangt, dass der Posten mit einer Frau besetzt werden müsste. Das ist auch für eine Wiederwahl von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2022 nicht unerheblich – denn dann könnte er es als dritter Mann an der SPD-Spitze schwer haben. *Tagesthema Seite 2*



Rolf Mützenich, bisher Fraktionschef der SPD im Bundestag

Kritische Stimmen

Migrantinnen und Migranten beobachten, wie die Pandemie Deutschland verändert. Sie warnen vor dem Verlust von Freiheit und Offenheit. *Seite 3*



Die Schauspielerinnen Shirin Soraya und Sanam Afrashteh

BERLINER ZEITUNG/PAULUS PONIZAK

BVG in der Corona-Krise

Den Verkehrsbetrieben fehlen 230 Millionen Euro. Fahrgäste kommen nur langsam zurück

PETER NEUMANN

Weniger Fahrgäste, weniger Einnahmen: Corona hat den Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) eine schwere Krise beschert. Nun zeigen aktuelle Zahlen, dass die Herausforderungen auch im zweiten Jahr der Pandemie andauern. Zwar hat die Zahl der Fahrgäste zum ersten Mal seit dem Ausbruch der Viruskrankheit wieder die 80-Prozent-Marke überschritten, und auch die Talfahrt bei der Zahl der Umweltkarten-Abos ist erst einmal gestoppt, wie das Landesunternehmen mitteilte. Doch das Finanzloch dürfte in diesem Jahr noch größer ausfallen als 2020. So wird erwartet, dass Corona der BVG in diesem Jahr im Vergleich zum Plan eine Lücke von fast 230 Millionen Euro beschert werden muss. Die Prognosen zeigen auch, dass die Schulden weiter wachsen – wegen hoher Investitionen. Am Ende des Jahres könnte die BVG nach Informationen der Berliner Zeitung mit über 1,3 Milliarden Euro in der Kreide stehen.

„Dieses Jahr hat uns schon einige Herausforderungen beschert“, sagt die neue BVG-Chefin Eva Kreienkamp in ihrer Bilanz für 2020. „Doch 2021 dürfte vielleicht sogar noch schwieriger werden. Klar ist, dass die Probleme nicht aufhören.“ Neue Daten bestätigen, dass sie richtig liegt. Corona hat dem Nahverkehr enorme Veränderungen beschert, die sich nicht zurückdrehen lassen.

So verbringen deutlich mehr Berufstätige als vorher zumindest einen Teil ihrer Arbeitszeit zu Hause. Viele einstige Stammkunden, die jetzt im Homeoffice tätig sind, haben ihre Umweltkartenabos gekündigt. War die Zahl dieser Abonnements vor Beginn der Pandemie im März 2020 auf einen Höchststand von fast 333.000 geklettert, sank sie bis Juni dieses Jahres auf knapp 282.000.

Immerhin scheint der Rückgang zum Halten gekommen zu sein. In diesem September hatte die BVG

Beginn der Pandemie liegt die Fahrgastnachfrage über 80 Prozent – bei 81 Prozent, um genau zu sein.

Ob der positive Trend anhält, müssten die nächsten Wochen zeigen, hieß es. In der Tat zeigen Detailbetrachtungen, dass es immer wieder Rückschläge gibt. Klar ist auch, dass die Gesamtbilanz für dieses Jahr unverändert mau aussieht. So geht das größte Berliner Landesunternehmen davon aus, dass sich die Zahl der Fahrgäste bis Ende Dezember auf 737 Millionen summieren wird. Das wäre nur etwas mehr

Außerdem werden die staatlichen Zahlungen, die das Unternehmen für seine preiswerten Schüler-, Schwerbehinderten- und Sozialtickets erhält, hier verrechnet.

Dem Vernehmen nach erwartet man bei der BVG aktuell, dass die Verkehrserträge mit 765 Millionen Euro um nicht weniger als 226,5 Millionen Euro unter Plan liegen werden. Zwar geht man davon aus, dass die BVG durch eigene Anstrengungen, zum Beispiel durch Einsparungen, fast 26 Millionen Euro zur Schließung dieser Lücke beitragen kann. Doch den größten Teil, insgesamt rund 200 Millionen Euro, müssten Bund und Land übernehmen – und hier ist noch nicht ausgeklümpelt, ob das angesichts der sich auf Landesebene öffnenden Finanzlöcher komplett möglich sein wird. Dabei sind Land und Bezirke für so manches Kostenproblem der BVG mitverantwortlich. So ist die Durchschnittsgeschwindigkeit der Berliner Straßenbahn von 2017 bis 2021 gesunken – das erfordert zusätzliche Fahrzeuge und mehr Personal.

Die Verschuldung der BVG, die im vergangenen Jahr bereits 1,035 Milliarden Euro erreicht hatte, wird auf jeden Fall weiter wachsen. Investitionen in den Fahrzeugpark sind der Hauptgrund. Die SPD warnte bereits vor einem schwer zu kontrollierenden Schattenhaushalt. Nach jetzigem Stand erwarten die Planer, dass sich die Kreditverbindlichkeiten auf 1,32 Milliarden Euro summieren – so viel wie noch nie. *Kommentar Seite 6*

„2021 dürfte vielleicht sogar noch schwieriger werden. Klar ist, dass die Probleme nicht aufhören.“

Eva Kreienkamp, BVG-Chefin

rund 283.000 Kunden mit Umweltkarten-Abos. „Seitdem sehen wir wieder eine positive Bestandsentwicklung durch eine deutlich steigende Zahl von Neuabschlüssen“, sagte Sprecher Markus Falkner.

Die offiziellen Daten zeigen auch, dass viele andere Fahrgäste ebenfalls zur BVG zurückgekehrt sind. Lag die Fahrgastzahl Anfang dieses Jahres gerade mal bei 50 Prozent des Vor-Corona-Niveaus, so bewegen sie sich bereits seit August „zwischen 75 und 80 Prozent“, wie Falkner berichtete. „Erstmals seit

als 2020, damals wurden die Bahnen und Busse der BVG für 728,5 Millionen Fahrten genutzt – und deutlich weniger als 2019, als noch mehr als 1,126 Milliarden Fahrten abgewickelt wurden.

Eigentlich hatten die BVG-Strategen für dieses Jahr mit 954 Millionen Fahrgästen gerechnet. Doch die Fahrt aus dem Corona-Tal dauert offensichtlich länger als erhofft. Besonders eindringlich zeigt sich das bei den BVG-Verkehrserträgen, ein Bilanzposten, zu dem vor allem die Fahrgeldeinnahmen gehören.

Spahn: Notlage nicht verlängern

RKI stuft Risiko für Geimpfte als moderat ein

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für ein Auslaufen der sogenannten „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesprochen. Wie ein Ministeriumssprecher bestätigte, äußerte sich der CDU-Politiker entsprechend am Montag bei Corona-Beratungen mit den Gesundheitsministern der Länder.

Das Robert-Koch-Institut stuft „das Risiko für geimpfte Personen als moderat ein“, somit könne angesichts der aktuellen Impfquote die epidemische Lage am 25. November 2021 als bundesweite Ausnahmeregelung auslaufen und beendet werden, wurde Spahn der Bild-Zeitung zufolge von Teilnehmern zitiert. „Damit wird ein seit dem 28. März 2020 und damit mithin seit fast 19 Monaten bestehender Ausnahmezustand beendet.“

Die Entscheidung liegt allerdings beim Bundestag. Der hatte die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ erstmals im März 2020 zu Beginn der Pandemie festgestellt und danach immer wieder verlängert, zuletzt Ende August für weitere drei Monate. Sie läuft automatisch aus, wenn sie vom Parlament nicht erneut verlängert wird. Die „epidemische Lage“ gibt Bundes- und Landesregierungen Befugnisse, um Verordnungen zu Corona-Maßnahmen oder zur Impfstoffbeschaffung zu erlassen.

Festgehalten ist das im Infektionsschutzgesetz, das im Zuge der Corona-Pandemie mehrfach geändert worden war. Demnach liegt eine epidemische Lage von nationaler Tragweite dann vor, „wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht“. Im Infektionsschutzgesetz werden außerdem konkrete Maßnahmen genannt, die „zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019“ für die Dauer der Feststellung einer solchen Lage ergriffen werden können.

Darunter folgt eine lange Liste der Maßnahmen, die den Alltag der letzten beiden Jahre geprägt haben: Abstandsgebote, Maskenpflicht, Pflicht zur Vorlage eines Impf-, Genesen- oder Testnachweises, Kontaktbeschränkungen, Verpflichtung zu Hygienekonzepten, Beschränkung von Freizeitveranstaltungen, Sport.

Was Spahns Äußerungen konkret bedeuteten, ist noch offen. Unklar ist, ob mit einem Auslaufen der epidemischen Lage automatisch eine Art „Freedom Day“ mit einem Ende aller Beschränkungen käme, wie zuletzt immer wieder diskutiert wurde. Denn für Corona-Maßnahmen sind die Bundesländer selbst zuständig. Sie legen Abstands-, Veranstaltungs- und Maskenregeln jeweils in ihren eigenen Corona-Verordnungen fest und schreiben diese regelmäßig fort. *(dpa)*



Wenn Sie den QR-Code scannen, gelangen Sie auf berliner-zeitung.de

Berliner Verlag GmbH, 11509 Berlin
Redaktion: +49 (0)30 633 311 457
(Mo.-Fr. 13 – 14 Uhr)

Leserservice: +49 (0)30 2327-77
leserservice@berliner-verlag.com
Mo.-Fr von 8-16 Uhr



Anzeigen: +49 (0)30 2327-50
anzeigen@berliner-verlag.com
aboshop.berliner-zeitung.de/

Postvertriebsstück A6517t/
Entgelt bezahlt. *
Preis 2,00 € (Mo.-Fr.), 3,60 € (Sa.)



4 194050 502006